

»Zäune helfen auf Dauer wenig«

CDU-Europapolitiker Elmar Brok mahnt stärkere Differenzierungen bei Flüchtlingen und Migranten an

Bielefeld (WB). Schon zu Beginn der Flüchtlingskrise vor einem Jahr war dem Bielefelder CDU-Europaparlamentarier Elmar Brok klar: »Das könnte eine Völkerwanderung werden.« Im Gespräch mit Andreas Schnadwinkel zieht er Bilanz aus EU-Sicht.

? Vor einem Jahr hat die Bundeskanzlerin ihre humanitäre Entscheidung getroffen. Mit der Erfahrung dessen, was in den vergangenen zwölf Monaten passiert ist: Würde Angela Merkel wieder so handeln?

Elmar Brok: Ich denke, dass die Kanzlerin grundsätzlich wieder so handeln würde. Sicher wäre ihre Kommunikation eine andere. »Wir schaffen das« sollte ja nicht bedeuten, dass alle kommen können. Ein Großteil der Menschen war schon in Europa. Der Satz wurde oft, bewusst oder unbewusst, falsch interpretiert. Das war nicht gut. Inzwischen ist klar: Die Politik der Kanzlerin hat dazu beigetragen, dass die Flüchtlingszahlen so abgebbt sind, dass es in den Städten sogar Leerstände in Unterkünften gibt und Ordnung in das Verfahren gekommen ist.

? Ein Jahr »Wir schaffen das«: Hat dieser Satz die EU geschafft?

Brok: Es ist ungeheuer schwer, die Flüchtlingskrise mit 28 EU-Staaten gemeinsam zu lösen. Die mittel- und osteuropäischen Länder, die über Jahrzehnte unter Diktaturen leiden mussten, empfinden alles Fremde als gefährlich. Aus diesem Grund ist »Pegida« in Dresden entstanden und nicht in Düsseldorf. Ich bedaure sehr, dass die Flüchtlingskrise auch beim Brexit-Votum der Briten eine Rolle gespielt hat, obwohl Großbritannien gar nicht davon betroffen ist.

? War die Flüchtlingskrise auf dem Kontinent mitentscheidend für den Brexit?

Brok: Die Kampagnen haben das Thema benutzt, obwohl Großbritannien, von der Flüchtlingskrise nicht betroffen ist. Der hohe Ausländeranteil hat etwas mit der britischen Kolonialvergangenheit zu tun. Und die britische Fremdenfeindlichkeit richtet sich vor allem gegen Polen, die über die EU-Freizügigkeit ausgewandert sind. Die britische Regierung hat beim EU-Beitritt Polens im Jahr 2004, im Gegensatz zu Deutschland, auf Übergangsfristen für den Zuzug von Arbeitern verzichtet.

? Aus Brüssel hört man, dass es seit dem Brexit-Votum nur darum gehe, den neuen Status Quo zu sichern, also weitere Ausstritte zu verhindern. Ist das so?

Brok: Ich sehe nach dem Brexit kein Land, das aus der EU austreten will. In Europa werden jetzt die Folgen des Brexit erkannt. Die Briten begreifen auch so langsam, was sie sich politisch, wirtschaftlich und sozial angetan haben. Die Zustimmung zur EU ist in Deutschland nach dem Brexit auf 83 Prozent gestiegen.



6. September 2015, Hauptbahnhof in München: Flüchtlinge kommen mit einem Zug aus Österreich nach Deutschland.

Foto: dpa

? Welches Problem ist aus Ihrer Sicht das größte?

Brok: Künftig muss stärker zwischen Wirtschaftsmigranten und echten Asylbewerbern wie den Kriegsflüchtlings unterschieden werden. Die Abschiebungen funktionieren nicht gut genug und dauern zu lange, das liegt vor allem an den Grünen und auch an Teilen der SPD in den Bundesländern. Die sexuellen Übergriffe in der Kölner Silvesternacht haben nichts mit Syrien-Flüchtlings zu tun. Das waren in großer Mehrzahl Nordafrikaner, die keinen Asylanspruch haben und längst hätten abgeschoben werden müssen. Das hat die NRW-Landesregierung nicht gemacht. Deswegen ist es wichtig, Algerien, Tunesien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Ich würde mir wünschen, dass die Grünen das im Bundesrat nicht blockieren. Die Wirkung sieht man doch jetzt bei den Westbalkanländern, aus denen kaum noch Menschen kommen.

? Hat die Zuspitzung der Flüchtlingskrise, die vor allem Deutschland angelastet

wird, Europa gespalten?

Brok: In der Tat sind die Meinungsverschiedenheiten im Umgang mit der Flüchtlingskrise sehr tiefgehend. Aber diese Unterschiede sind zu bewältigen. Das erkennt man auch an den Aussagen der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydlo nach dem Besuch der Bundeskanzlerin. Polen will zwar keine Flüchtlinge aufnehmen, scheint aber bereit zu sein, für die Bekämpfung der Fluchtsachen mehr zu zahlen. Da bewegt sich etwas.

? Hat die deutsche Flüchtlingspolitik nach innen und außen Schäden angerichtet?

Brok: Jedenfalls keine Schäden, die nicht zu reparieren wären. Die Merkelsche Politik der Ursachenbekämpfung wird langsam begriffen. Und wenn sich im nächsten Sommer die Flüchtlingszahlen weiter drastisch verringern, werden auch die Populisten wieder verlieren. Die Agitation der AfD gegen Muslime, die von ihr vorangetriebene Vermischung von Migration und Terrorismus spielt dem »Islamischen Staat« geradezu in die Hände, denn den Islamisten geht es ja um die Spaltung unserer Gesellschaft und die Radikalisierung von Muslimen.

? Was ist in den nächsten Monaten besonders wichtig?

Brok: Vor 15 Jahren habe ich im Verfassungskonvent beantragt, einen Küsten- und Grenzschutz aufzubauen. Das hat der damalige Bundesinnenminister Otto Schily als »europäischen Kompetenzwahn« abgetan und abgelehnt. Jetzt führen wir diesen Grenzschutz mit großer Geschwindigkeit endlich ein, nachdem sich die Mitgliedstaaten in der Angelegenheit lange verweigert haben. Auf dem Meer kann man keine Zäune bauen. Wenn die Menschen auf dem Meer sind, kann man sie als anständiger Mensch nur retten. Wir können einzelne Länder oder Inseln nicht zu Flüchtlingslagern

machen. Wenn wir Lesbos dazu machen wollten, hätten die Griechen das Recht, das auch für Syll zu fordern.

? Was schlagen Sie zur Sicherung der Seegrenzen vor?

Brok: Es ist noch nicht tief genug im Bewusstsein verankert, dass die Sicherung von Meeresgrenzen nur funktioniert, wenn man mit dem Land auf der anderen Seite eine Vereinbarung ge-

»Die Agitation der AfD gegen Muslime spielt dem »Islamischen Staat« geradezu in die Hände.«

treffen hat. Es geht um die Kontrolle von Häfen und Küsten. In Libyen sind die Menschenhändler des »Islamischen Staates« als Schlepper unterwegs. Es gibt dort noch keine Regierung, die das verhindern kann. Die EU braucht ein Mandat, das den Schiffen im Rahmen der »Operation Sophia« die Fahrt in libyschen Territorialgewässern gestattet. Heute können wir nur retten. Wir müssen aber verhindern, dass die Menschen auf Boote gehen. Die Vereinbarung mit der Türkei zeigt, dass dann auch keine Menschen mehr ertrinken.

? Ist der Flüchtlingsdeal mit der Türkei sicher?

Brok: Noch zu viele sagen, dass wir den Flüchtlingsdeal mit der Türkei auflösen sollen. Der funktioniert aber, und die Türkei will diesen Deal auch einhalten. Jedenfalls ist das nach dem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım mein Eindruck. Die Türkei will hier verlässlich sein und die wirtschaftlichen Verbindungen nach Europa nicht gefährden. Heute gibt es aus der Türkei täglich 100 Flüchtlinge anstatt 10 000 vor einem Jahr, und wir können drei Millionen syrischen Flüchtlingen in der Türkei

direkt helfen, damit sie sich nicht auf den Weg zu uns machen.

? Sie haben schon vor einem Jahr eine gerechte Verteilung in der EU und ein einheitliches Asylgesetz gefordert. Wie stehen die Chancen?

Brok: Die Einsicht der polnischen Regierung, dass man in der EU zu einer Lastenverteilung kommt, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Je weniger Flüchtlinge kommen, desto leichter lässt sich ein Verteilungsmechanismus finden. Ein gemeinsames europäisches Asylgesetz muss kommen und regeln, wer Anspruch und Zugang hat. Dabei müssen wir über die Standards reden, damit der Weg nach Deutschland nicht zu verführerisch ist.

? Sie haben vor einem Jahr auch gesagt, dass die Flüchtlingswelle sich zu einer Völkerwanderung auswachsen könnte. Ist dieser Fall eingetreten?

Brok: Leider ja. Wir haben es in Syrien und Irak mit zwölf Millionen Flüchtlingen zu tun. Und da ist »nur« ein Krieg zu beenden, was schwer genug ist. Viel dramatischer ist die Situation in Afrika. Dort wird sich in den nächsten 25 Jahren die Bevölkerung verdoppeln, hinzu kommen schlechte Regierungen und Klimawandel. Wenn Menschen keine Lebensperspektive mehr haben, dann gehen sie los – wie die Germanen vor 1700 Jahren. Nur gemeinsam können die Europäer die Ursachen der Völkerwanderung bekämpfen. Zäune helfen auf Dauer wenig.

? Vor dem EU-Gipfel Mitte September in Bratislava trifft Angela Merkel jeden Regierungschef. Ist der Gipfel die letzte Chance, den Mechanismus zur Verteilung der Flüchtlinge durchzusetzen?

Brok: Nein, das denke ich nicht. Es ist der erste Gipfel ohne Großbritannien. Ich erwarte generelle

Debatten über die Ausrichtung der EU in Zukunft. Dabei wird es natürlich um die Flüchtlingskrise und ein EU-Asylrecht gehen, aber auch um den Anti-Terror-Kampf. Zu Fragen der inneren und äußeren Sicherheit werden Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit kommen. Also alle Themen, von denen sich die Menschen in Europa derzeit verunsichert fühlen. Hier muss und kann Europa konkret liefern.

? EU-Kommissar Günther Oettinger sagt, die EU sei in Lebensgefahr und meint das europäische Projekt. Braucht die EU einen neuen Sinn? Ist der Krieg zu lange her, als dass die lange Phase des Friedens als Narrativ noch reicht?

Brok: Das Friedensnarrativ allein reicht nicht mehr aus, das ist richtig. Aber Fragen der inneren und äußeren Sicherheit werden wieder dramatisch wichtig. Wegen der verbreiteten Abstiegsängste sollten wir die soziale Marktwirtschaft der Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Ausgleichs, wie es im Vertrag steht, wieder in den Mittelpunkt stellen. Das muss wieder stärker beachtet werden, damit rechtspopulistische Parteien nicht weiter mit wirtschaftlichen Ängsten Politik machen können.

? Wie schätzen Sie den TTIP-Abgesang von Sigmar Gabriel und François Hollande ein?

Brok: Zwei hilflose Wahlkämpfer, die ihre linke Klientel bedienen wollen. Sigmar Gabriel will Ceta retten und braucht dazu TTIP als Opfer. Bei den Verhandlungen werden keine Teile vereinbart, da gilt alles oder nichts. Ich bin da noch relativ gelassen, so etwas würde sich nicht zum ersten Mal in der Zeit vor der Wahl eines neuen US-Präsidenten bis zu dessen Amtsantritt regeln.

Ihre Meinung?

Wie ist Ihre Antwort auf die Frage »Schaffen wir das«? Wie finden Sie unsere Serie? Schreiben Sie uns unter serie@westfalen-blatt.de oder ans WESTFALEN-BLATT, Sudbrackstraße 14-18, 33611 Bielefeld. Eine Auswahl der Zuschriften wird veröffentlicht.



WESTFALEN-BLATT - Serie

Bis jetzt erschienen:

- Folge 1, 20. August: »Als Arnberg anrief«
- Folge 2, 22. August: Erfahrungen beim Engagement für Flüchtlinge
- Folge 3, 23. August: Bilder eines Jahres
- Folge 4, 24. August: »Zwischen Zuversicht und Zweifel«: mehr Flüchtlingskinder an Schulen
- Folge 5, 25. August: Umfrage unter Funktionsträgern
- Folge 6, 26. August: Bisher kaum Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt vermittelt
- Folge 7, 27. August: ein Bielefelder Soziologe über die Integration
- Folge 8, 29. August: Hass im Internet
- Folge 9, 30. August: Rechtspopulismus und die AfD
- Folge 10, 31. August: Flüchtlinge und Kriminalität
- Folge 11, 1. September: Bericht eines Nothelfers von der türkisch-syrischen Grenze
- Folge 12, 2. September: Interview mit dem nordrhein-westfälischen AfD-Vorsitzenden Marcus Pretzell



Elmar Brok (70) hält den Flüchtlingsdeal mit der Türkei für eine funktionierende Vereinbarung. Foto: imago